

Lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus im Landkreis Elbe-Elster

Ausgangssituation:

Das Problem Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus stellt sich im Landkreis Elbe-Elster insbesondere auf folgenden Ebenen und hier insbesondere im Süden des Landkreises dar:

1. Einstellungen/ Alltagserfahrungen:

- Viele Aktivitäten rechtsextrem orientierter Jugendlicher und junger Erwachsener finden im Südkreis EE und entlang der Sächsischen Grenze statt.
- Es erfolgen kaum Problemanzeigen aus der Bevölkerung.
- In dieser verhältnismäßig deindustrialisierten Region treten verstärkt Identitätsprobleme auf, gepaart mit dem Empfinden der Perspektivlosigkeit.
- Jugendliche haben sich zu NPD-Kadern gemauert und mischen sich ins lokal politische Geschehen ein.
- Grenzen zwischen Rechtsextremismus und rechtspopulistischen Sprüchen aus der „Mitte der Gesellschaft“ werden nicht gezogen, geschweige denn kritisch reflektiert. Indifferenz und Gleichgültigkeit gegenüber rechtspopulistischen Sprüchen haben Folgen und dies nicht nur bei Jugendlichen. Sie bestimmen unter anderem das Klima in den Kommunen mit destruktiven Auswirkungen. Jugendliche vor Ort haben den Parolen nichts entgegenzusetzen und geraten so in argumentative Abhängigkeit.
- Mittelfristig kommt es zu einer Identifikation mit rechtsextremer Subkultur, rechtsextreme Konzerte werden besucht und rechtsextreme Musik gehört, mit Bekleidung und Sprüche bekennt man sich zum Rechtsextremismus.
- "Haltesignale" für diese Jugendlichen aus den Kommunen kommen nicht oder zögerlich.
- Zivilgesellschaftlich kommt kaum Irritation auf, eine indifferente gleichgültige Haltung bildet sich aus. Rechtspopulistische Sprüche werden fundamentiert und somit normalisiert.
- Freizeitangebote aus der rechtsextremen Szene werden vor Ort angeboten und kommuniziert.
- Verwaltungsgrenzen zwischen den Bundesländern spielen für die rechtsextreme Szene keine Rolle. Sie werden höchstens noch taktisch ausgenutzt.

2. Wahlen

Im Süden des Landkreises sind die höchsten Stimmzahlen für die rechtsextremistische DVU im Bundesland Brandenburg zu finden. Rechtsextreme Parteien sind derzeit mit der DVU im Kreisparlament vertreten. Rechtsextremistische Positionen sind nicht nur bei Jugendlichen /Jungerwachsenen mit gravierenden Orientierungsdefiziten in Hinblick auf Parteiendemokratie festzustellen. Der Wahlerfolg der DVU wird auch einer mangelnden politischen Leistungsbilanz der etablierten Parteien zugeordnet. Im Kampf gegen Rechtsextremismus und Gewalt haben sich Partei- und Kommunalpolitiker zu partei- und ressortübergreifenden "Präventionsstrategien gegen Rechtsextremismus und Gewalt im Landkreis Elbe-Elster" zusammengeschlossen.

3. Gewalt

Im Landkreis fanden in den letzten Jahren wiederholt Skinheadkonzerte statt. Polizeilich registriert wurden in den letzten drei Jahren rechtsextremistisch motivierte Straftaten wie Landfriedensbruch, Volksverhetzung, gefährliche Körperverletzungen und Sachbeschä-

digungen. Im Landkreis Elbe-Elster wurden in den Jahren 2004 bis 2007 folgende rechtsextremistisch politisch motivierte Straftaten (PMK) angezeigt:

Jahr	PMK rechtsextrem.	davon Gewaltdelikte
2004	26	3
2005	38	5
2006	34	1
2007	28	9 (Stand 30.9.07)

Die überwiegende Anzahl der Sachverhalte (ca. 85%) wurde im Zusammenhang mit der Verwendung von Parolen oder Symbolen verfassungswidriger Organisationen angezeigt. Dazu zählen auch Hakenkreuzschmierereien und die Verwendung von Sigrunen bei Graffitidelikten.

Ebenfalls diesem Bereich zugeordnet sind Straftaten, die im Zusammenhang mit szenentypischer Musik stehen (Liedtext bzw. Textpasagen).

Gewaltdelikte:	2004	2005	2006	2007
Landfriedensbruch		1		
Volksverhetzung	1	1		1
Gewaltdarstellung	1			
Gefährliche Körperverletzung	1	2	1	8
Sachbeschädigung		1		

Quelle: Polizeistatistik Polizeischutzbereich Elbe-Elster, Stand:Oktober 2007

Die öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus verlief im Landkreis Elbe-Elster nicht immer kontinuierlich. Kommunalpolitik orientierte sich in der Vergangenheit vordergründig an den tagespolitischen und mittelfristigen Aufgaben. So war die im Jahr 2000 aus aktuellem Anlass gebildete kreisliche Arbeitsgruppe "Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt, für ein toleranten und weltoffenen Landkreis Elbe-Elster" und auch das im Jahr 2004 gebildete "Bürgerbündnis für ein tolerantes Plessa ohne Rechtsextremismus, Gewalt & Ausländerhass" auch mehr Reaktion als auf Aktion ausgerichtet.

Demokratische Kräfte des Landkreises forderten deshalb vermehrt eine systematische und kontinuierliche Auseinandersetzung sowie vordergründig präventive Maßnahmen im Kampf gegen den Rechtsextremismus im Landkreis Elbe-Elster.

Dies war unter anderem auch Anlass für mindestens zwei durch den Kreispräventionsrat initiierte Objekte.

Das Projekt zum Thema "Präventionsstrategien gegen Rechtsextremismus im Landkreis Elbe-Elster" hatte das Ziel der Entwicklung eines wirkungsorientierten präventiven Handlungskonzeptes zur Bekämpfung von Rechtsextremismus für den Landkreis Elbe-Elster".

Ein zweites Projekt "Prävention durch Integration" hatte zur Zielstellung, die im Landkreis vorhandenen Kompetenzen zur Vermeidung von Konflikten und zur Stärkung der Integrationsprozesse zusammenzuführen und die bisherigen Ergebnisse und Wirkungen von Integrationsarbeit darzustellen. Darüber hinaus wurden Vorschläge zur Bündelung von Kompetenzen und zur Schwerpunktsetzung bei der Integration erarbeitet.

Die Projektergebnisse wurden jeweils im Kreistag vorgestellt und sind insofern Handlungsorientierung für die Verwaltung des Landkreises.

Um ferner auch die breite Öffentlichkeit zu erreichen wurden jeweils thematische Kreispräventionstage durchgeführt, die wiederum für eine breite Fortsetzung der Aufgaben und Maßnahmen Impulse gaben.

So entstanden zum Beispiel im Ergebnis des 3. Kreispräventionstages zum Thema "Vom Aussiedler zum Hiersiedler- Integration geht nur gemeinsam", der als Open- Space- Veranstaltung durchgeführt wurde mindestens neun Teilprojektideen und zugleich auch die Bereitschaft, persönliche Verantwortung für einzelne Projekte zu übernehmen. Gleichzeitig erklärten sich ad hoc auch Veranstaltungsteilnehmer zum Mitmachen bereit. Eine erste Zusammenkunft mit den Projektverantwortlichen ist Anfang Januar 2007 vorgesehen. Hier werden dann die Projektleiter ihre ersten gemeinsamen Erfahrungen austauschen können sowie Hilfe und Unterstützung finden. Darüber hinaus bildete sich auch eine Arbeitsgruppe aus MitarbeiternInnen der Verwaltung und anderen Bereichen, die sich mit Integrationsaufgaben beschäftigen. Über den Stand der Umsetzung wird jährlich vor dem Kreistag berichtet.

Ziele:

Leitziel:

Der Landkreis fördert mit seinen Mitteln und Möglichkeiten die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens. Er unterstützt eine systematische und offensive Auseinandersetzung mit Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus.

Mittlerziele:

1. Das zivilgesellschaftliche Engagement der BürgerInnen des Landkreises ist wahrnehmbar vorhanden.
2. Im Landkreis existiert ein Leitbild zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten und Schule und zur Vermittlung von Werten, die die demokratische und tolerante Gesellschaft auszeichnen.
3. Demokratische Kräfte im Landkreis haben ihre Kräfte gebündelt. Sie sind Bündnisse eingegangen und haben sich zu funktionierenden Netzwerken zusammengeschlossen. Die Bündnisse und Netzwerke beraten und unterstützen, stellen Kontakte zwischen Personen und Gruppen die an gleichen Themen arbeiten her und initiieren selbst Projekte.
4. Interkulturelle Begegnungen wecken Aufmerksamkeit und helfen Toleranz zu fördern.
5. Trends und Strategien des Rechtsextremismus werden in der Öffentlichkeit offen kommuniziert und offensiv entlarvt.
6. Formen der aufsuchenden Jugendarbeit werden eingeführt um freie Zugänge der Rechtsextremen zu unterbinden.
7. Demokratische und humanistische Jugendkulturen können sich entwickeln und werden gestärkt.

Handlungsziele:

- 1.1 Zivilgesellschaftliches Engagement wird von einer steigenden Anzahl Menschen getragen.
- 1.2 Gruppen und Einzelpersonen setzen sich engagiert und ideenreich für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus ein.
- 2.1 Kindergärten und Schulen sind Orte, an denen die Kinder und Jugendlichen Demokratie lernen, erfahren und erproben können. Es existieren in allen Einrichtungen Leitbilder für demokratische Werteerziehung
- 3.1 Die Netzwerke und Bündnisse sind in den Präventionsprozess eingebunden und agieren thematisch und Anlass bezogen.
- 3.2 Mit Unterstützung der regionalen Beraterteams haben die Partner vor Ort kommunale und lokale Konzepte gegen Rechtsextremismus entwickelt. Mit ihrer Hilfe setzen sich Schulen mit Fremdenfeindlichkeit auseinander.

4.1 Veranstaltungen, Austauschprogramme, Gastfamilien und Freiwilligendienst auf ehrenamtlicher und kommerzieller Basis werden von einer steigenden Anzahl Menschen genutzt.

5.1. Es gibt ausreichend aktuelle Informationen zum Erscheinungsbild des Rechtsextremismus. Interessierte können die aktuellsten Informationen aus dem Internet beziehen.

5.2 Es gibt ausreichende Informationsangebote zur Entstehung und Erscheinung von Jugendkulturen und deren Inhalten.

5.3 Viertel findet ein Informationsaustausch zwischen Fachleuten und Jugendsozialarbeitern statt.

6.1. Jeder Jugendklub soll angesteuert und begleitet werden.

6.2. Regelmäßiger Kontakt von Rechtsextremen umworbenen Klientel in und außerhalb der Jugendclubs wird aufgebaut um Vertrauen zu erwerben.

7.1. Schulungen der gewählten im Ehrenamt arbeitenden Klubvorstände werden regelmäßig durchgeführt, um Rechtsextremen offensiv begegnen zu können.

7.2. Workshops und Schulungen zur Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen werden durchgeführt und verstetigt.

7.3. Workshops, Gruppengespräche, Jugendforen, politische Bildungsfahrten werden durchgeführt, um den Jugendlichen methodischen Zugang zu demokratischen Prozessen zu ermöglichen.

7.4. Die Mitarbeit der Jugend in den Gemeindevertretungen wird gefördert.

Handlungskonzept

Die Umsetzung der Handlungsziele erfolgt über Einzelmaßnahmen/ Handlungsfelder. Nachfolgend werden die Handlungsfelder benannt, die als zielführend erscheinen:

1. Zivilgesellschaftliches Engagement stärken:

- Fachtagungen, Expertengespräche, Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus sollen Zielgruppen mit speziellen Fortbildungsbedürfnissen ansprechen,
- lokale Initiativen und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren werden unterstützt und gefördert,
- unterstützt werden Beteiligungsmodelle, die mittel- und langfristig Teilnehmer an das demokratische Gemeinwesen bindet.

2. Erziehung zu Toleranz und Demokratie:

- Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Deeskalation,
- Unterstützung von Kirchen bei der Vermittlung von Gemeinschaftswerten,
- Intensivierung der Kooperation zwischen schulischen und außerschulischen Maßnahmen,
- Nutzung der Angebote von Sportvereinen und Jugendfeuerwehren,
- Auseinandersetzung mit Orts-/Heimatgeschichte,
- Nutzung von Angeboten für politische Bildung,
- Schaffung von Beteiligungsmodellen und Strukturen.

3. Bestehende Bündnisse und Netzwerke stärken:

- Regionale Netzwerke stimulieren,
- Nutzung bestehender Beratungs- und Unterstützungssysteme vor Ort.

4. Interkulturelle Begegnungen fördern:

- Durchführung von Veranstaltungen interkultureller Zusammenarbeit,

- Zusammenarbeit mit bestehenden Austauschorganisationen.

5. Trends und Strategien des Rechtsextremismus offen legen:

- Weiterbildung organisieren,
- aktuelles Informationsmaterial verfügbar machen,
- berufliche Befassung mit Jugendkulturen ermöglichen,
- Informationsangebote für Eltern anbieten,
- regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Fachleuten und Jugendsozialarbeiter gewährleisten.

6. Aufsuchende Formen der Jugendarbeit ausprobieren:

- Erstellung von Situationsbeschreibungen im Bereich der Jugendkulturen.

7. Demokratische und humanistische Jugendkulturen werden gefördert:

Workshops die der Förderung des demokratischen Verständnisses dienen werden angeboten

Den einzelnen Maßnahmen/ Handlungsfeldern sind die jeweiligen Zielgruppen und Kooperationspartner zuzuordnen. Komplexere Maßnahmen werden durch Teilkonzepte untersetzt. Verantwortlichkeiten und Termine (Meilensteine, Abrechnungstermine) werden festgelegt.

Zielgruppen

Die anzusprechenden Zielgruppen richten sich nach den lokalen Erfordernissen und angestrebten Ziele.

Als Zielgruppen kommen in Betracht:

- Jugendliche in der strukturschwachen südlichen Region des Landkreises:
Diese Jugendlichen verfügen häufig nicht über ausreichende Angebote zur sozialen Integration in demokratischen Strukturen. Gerade hier setzen verstärkt rechtsextreme Organisation durch jugendspezifische Angebote an.
- Männliche Jugendliche aus "bildungsfernen" Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit: Die Jugendlichen fallen öffentlich am stärksten auf (z.B. durch Gewaltbereitschaft).
- Kinder und jüngere Jugendliche im Werte bildenden Alter:
Soziales Lernen und altersgemäße Prävention im Umgang mit Gewalt und Fremden gegenüber sollen bereits im Kindergarten und in der Grundschule vermittelt werden.
- Migrant/innen:
Es ist notwendig, hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund auch im Rahmen der politischen Bildung zu erreichen.
- Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen, Sozialpädagogen:
Die Erreichung der Zielgruppe, die unmittelbar mit der Erziehung der Kinder und Jugendlichen befasst ist.
- Multiplikatoren/innen:
Die Einbeziehung von Multiplikatoren/innen in den lokalen Aktionsplan ist von besonderer Wichtigkeit für die erfolgreiche Arbeit mit den oben genannten Zielgruppen.

- lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen:
Das sind insbesondere lokale Meinungsträger aus den Kirchen, Vereinen, demokratischen Parteien, Verwaltungen und der Wirtschaft.

Der Begleitausschuss:

1. Der Begleitausschuss setzt sich aus den vormalig weitgehend ehrenamtlich agierenden Mitgliedern des "Netzwerkes gegen Rechtsextremismus im Landkreis Elbe-Elster" zusammen, ohne dass diese Gruppe exklusiv wäre. Vorteil: Die Mitglieder des Netzwerkes haben über ein Jahr lang gezeigt, dass sie an dem Thema Rechtsextremismus praktisch und engagiert interessiert sind. Durch die (zufällige) nahezu paritätische Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Vertretern des Ämternetzwerkes bietet sich dieser Schritt an.

2. Der Begleitausschuss setzt sich aus mindestens 9 bis maximal 13 Personen zusammen. Nach Möglichkeit sollte er paritätisch aus Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Akteure und Vertreter/innen des Ämternetzwerkes bestehen.

3. Die Mitglieder des Begleitausschusses werden durch den Landkreis als Personen benannt.

4. Der Begleitausschuss trifft sich monatlich. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.

5. Der Begleitausschuss entscheidet über die Vergabe der Mittel des Lokalen Aktionsplanes.

6. Die Projekte, die gefördert werden sollen, müssen mit 2/3 der Stimmen des Ausschusses befürwortet werden.

7. Träger, die durch Personen im Begleitausschuss vertreten sind (hauptamtlich und ehrenamtlich) und mit Fördermitteln bedacht werden sollen, dürfen an der Abstimmung nicht teilnehmen (Befangenheitsklausel).

8. Der Wechsel von Personen im Begleitausschuss wird durch den Ausschuss mit 2/3 Mehrheit beschlossen.

9. Zwei wesentliche Kriterien sollten die Förderentscheidungen bestimmen:

- Projekte formieren entweder eine Struktur, die innerhalb von drei Jahren nachhaltig und stabil etabliert werden kann, oder
- Projekte und Maßnahmen müssen unmittelbar vor Ort auf Menschen (Zielgruppen) einwirken und plausibel gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung wirksam sein.

Gegebenfalls ist ein Bewertungsschema zu erstellen, welches die Förderentscheidungen transparent und nachvollziehbar macht. Projektanträge zur Umsetzung des LAP sollten standardisiert sein.

Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes

Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen

Im Interesse des Lokalen Aktionsplanes (LAP) ist eine aktive Informationspolitik zu betreiben, konzeptionell zu planen und fortzuschreiben.

I. Der LAP wird bekannt gemacht:

1. Im Rahmen der Erstellung und Fortschreibung des LAP

- in der Verwaltungsleitung des Landkreises (Dezember 2006/Januar 07)
- in den Fraktionen des demokratischen Parteien
- im Kreispräventionsrat des LKEE am 31.01.2007
- im Kreis Ausschuss und vorab ggf. in anderen Fachausschüssen des Kreistages in Abstimmung mit dem Kreistagsbüro
- im Amtsblatt für den LKEE und über die Pressestelle des Landrates
- über die Zusammenarbeiten im Ämter Ausschuss/ Begleitausschuss

um rechtzeitig bereits im Vorfeld Interesse an einer Zusammenarbeit zu wecken bzw. möglichst negative Einflüsse erst gar nicht entstehen zu lassen.

2. Die Übergabe/-nahme des Bescheides zur Förderung des LAP im LKEE wird öffentlichkeitswirksam mit Medienbeteiligung erfolgen.

3. Darüber hinaus werden alle Gelegenheiten genutzt, um auf das mit dem LAP verbundene Potenzial für die Entwicklung von Demokratie und im Kampf gegen den Rechtsextremismus insbesondere auch innerhalb der Verwaltungen selbst hinzuweisen.

4. Der Landrat informiert die Bürgermeister und Amtsdirektoren im Rahmen des "Kreispolitischen Gesprächskreises" über den LAP.

II. Die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Ergebnisdarstellung wird unterstützt durch:

1. entsprechende Dokumentationen, wie z.B.:

- Informationsmaterial über den LAP (1-2-seitige Kurzfassung mit optisch wirksamer Gestaltung für die allgemeine Information, wie z.B. Flyer, Plakate),
- Berichte zum Stand der Fortschreibung/ Umsetzung (Kurzberichte über den Stand der Umsetzung und Zusammenfassung von Ergebnissen, z.B. als vorbereitete Presseinformationen),
- andere Veröffentlichungen in den Medien (z.B. Interviews),
- Vorträge (bei Veranstaltungen in Abstimmung mit dem Veranstalter),
- Schautafeln, Aufsteller (für die Öffentlichkeitsarbeit in Räumen, Empfangsbereichen, Ausstellungen, Veranstaltungen).

2. Projektabwicklung im Internet:

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und auch zur effektiven Projektabwicklung wird auf das Internet zurückgegriffen. Dabei wird die Web-Site des LAP in das Internetkonzept des Landkreises nach Möglichkeit auf exponierter Stelle eingebunden. Ein entsprechender Informationspool wird im Internet (gegebenenfalls Kennwortgeschützt) eingerichtet:

Inhalte können sein:

- Projektbeteiligte/ Teammitglieder (Funktion, Aufgaben, Adressen werden aufgelistet)
- Ansprechpartner (Auflistung aller am LAP Beteiligten)
- Terminplanung (Gesamtterminplanung, Meilensteine und wichtige Termine werden aufgelistet)
- Archiv (Verweis auf relevante Dokumente)
- Projektstatus (Aktuelle Projektstatusberichte können eingesehen werden)
- Service (Kontakte, Suche, Mail-Service)
- Diskussionsforum (Hinweise, Fragen, etc. zu projektrelevante Problemen)

Die interne Kommunikation zwischen den Beteiligten wird gewährleistet durch:

1. Regelmäßige Besprechungen:

- Regelmäßige Besprechungen sind unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit mit dem LAP. Turnusmäßige Besprechungen finden wie folgt statt:

- Ämternetzwerk: alle 3 Monate
- Begleitausschuss: monatlich

Entsprechende Besprechungspläne werden geführt. Die Teilnehmer werden zeitgerecht förmlich eingeladen. Über die Sitzungen werden Beschlussprotokolle geführt.

2. Mailing-Liste:

Der Informations- und Erfahrungsaustausch über E-Mail kann dabei einen Teil der fehlenden Kontakte ausgleichen.

Projektideen

Der Lokale Aktionsplan ist Grundlage für eine systematische und kontinuierliche demokratische Entwicklung des Gemeinwesens in der Auseinandersetzung sowie für vordergründig präventive Maßnahmen im Kampf gegen den Rechtsextremismus im Landkreis Elbe-Elster.

Er soll die regionalen und lokalen Anstrengungen bündeln und verstärken. Eine Vernetzung zwischen staatlichen, gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Stellen und Einrichtungen soll eine Konzentration auf Schwerpunkte erreichen und einen weitestgehend komplexen gesamtgesellschaftlichen Ansatz fördern.

Die eigentlichen Problemlösungsaktivitäten sollen dabei stärker in die Verantwortung der Zivilgesellschaft übertragen werden, wodurch die Mitgestaltung durch die Bürger selbst an Bedeutung gewinnt. Über Netzwerke und Bündnisse und mit Unterstützung der staatlichen/kommunalen Verwaltung soll dieser Prozess anfangs zielgerichtet vorangetrieben werden und letztlich zu einem "Selbstläufer" werden.

Positive Erfahrungen sollen unmittelbar bekannt gemacht werden und für zusätzliche Impulse sorgen. Dabei geht es nicht in erster Linie um eine "ausgerichtete", sondern um eine von vielen Partnern getragene und abgestimmte Strategie. Die zivilgesellschaftlichen Kräfte sollen in einem ständigen "Selbstlernprozess" eigene Erfahrungen bei der Entwicklung von Demokratie in ihrem Gemeinwesen sammeln und es auch verstehen lernen, mit Misserfolgen und Rückschlägen umzugehen.

Politik und Verwaltung mit ihren Möglichkeiten soll ihr dabei weitestgehend hilfreich zur Seite stehen.

Eine besondere Rolle soll hierbei der Begleitausschuss einnehmen. Er soll über die zu fördernden Einzelprojekte entscheiden, die Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes und dessen Fortschreibung begleiten und die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Partnern organisieren.

1. Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort

Die Rechten wollen den öffentlichen Raum besetzen. Sie wollen provozieren, Aufmerksamkeit auf sich lenken und nach Möglichkeit die öffentliche Meinung zur Duldung bzw. Akzeptanz ihrer Ideologie hin verändern. Sie schrecken aber auch nicht vor indirekter und direkter Gewalt in der Öffentlichkeit zurück. Hier ist zivilgesellschaftliches Engagement gefragt. Das engagierte und ideenreiche Eintreten von Bürger/innen vor Ort für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus erfordert vor allem das alltägliche Eintreten/ ein öffentliches Bekenntnis von Gruppen und Einzelpersonen für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus in ihrer Gemeinde/Wohnumfeld. Niemand anders als die Bürger selbst können dies bewirken. Der öffentliche Raum (und dazu gehört auch der Stammtisch in der Dorfkneipe) ist nicht dem rechtsextremistischen Gedankengut zu überlassen.

Ziel ist es,

- zu zivilgesellschaftlichem Engagement/zum offenen Bekenntnis in bestimmten Gemeinden aufzumuntern,
- mit Unterstützung von Politik und Verwaltung vor Ort demokratische Prozesse in den Kommunen und in den Schulen in Gang zu bringen und zu unterstützen,
- lokale Initiativen und Projekte/Aktionen zu unterstützen,

- durch themenspezifische Foren, Expertengespräche u. a. Veranstaltungen spezielle Zielgruppen anzusprechen,
- Beteiligungsmodelle zu kommunizieren und auszuprobieren und damit mittel- und langfristig Akteure an das demokratische Gemeinwesen zu binden.

Angebote vor Ort:

- Initiativen, Projekte und Aktionen gegen Rechtsextremismus werden erfasst und den Akteuren vor Ort über entsprechende Online-Plattformen verfügbar gemacht.
- Über Verteilerschlüssel werden über themenbezogene Veranstaltungen und deren Ergebnisse (lokal, regional, landes- und bundesweit) die Akteure vor Ort informiert.
- Vor Ort werden Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus und für ein demokratisches Gemeinwesen unterstützt (durch gemeinsamen Erfahrungsaustausch, Beratungen, Qualifizierung im Bereich Projektmanagement).
- Mitbestimmungsgremien in Jugendfreizeiteinrichtungen werden durch Begleitung, Beratung, Qualifizierung und Anerkennung gestärkt.
- Eigeninitiativen von Jugendlichen, die Akzente gegen Rechtsextremismus im öffentlichen Raum setzen (zum Beispiel sportliche, kulturelle und bildungspolitische Aktionen), werden unterstützt.
- Gemeinsame Querschnittsprojekte junger Nachwuchsmitglieder aller demokratischen Parteien: Wie schaffen wir es, attraktiver für Jugendliche zu sein als die NPD, werden initiiert (gemeinsame Beratungen, Öffentlichkeitsarbeit, themenbezogene Arbeitskreise).
- Regelmäßige jugendpolitische „Stammtische für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ mit Politikern demokratischer Parteien.
- Aufbau und Stärkung von Jugendbeiräten in den Städte- und Gemeindeparlamenten und Erfahrungsaustausch zwischen ihnen.

2. Erziehung zu Toleranz und Demokratie

Erziehung der Kinder zu Toleranz und Demokratie in Familie, Schule und Beruf stärkt die Zivilgesellschaft gegen Tendenzen des Rechtsextremismus. Rechtsextremistische Ideologien haben mit ihren menschenverachtenden Ideen in einer gefestigten Zivilgesellschaft keine Chance, auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Erziehung zu Toleranz und Demokratie bedeutet, dass Kinder und Jugendliche durch ihre Eltern, im Kindergarten und in der Schule Wertschätzung und Vertrauen erfahren.

Selbstbewusste Kinder und Jugendliche, die gelernt haben konstruktiv mit Ängsten und Konflikten umzugehen, sind so auch weniger anfällig für Intoleranz und Gewalt.

Ziel ist es,

- Maßnahmen zur Deeskalation zu erfassen, auf die Bedingungen vor Ort anzupassen und umzusetzen,
- Erziehungsträger u. a. Institutionen/Vereine bei der Vermittlung von Gemeinschaftswerten zu unterstützen,
- Kooperationsbeziehungen zwischen schulischen und außerschulischen Maßnahmen zu initiieren und damit Ressourcen zu bündeln,
- integrative Potenziale von Sport- und anderen Vereinen, Jugendfeuerwehren zu nutzen,
- vor Ort sich ohne Tabus mit der Orts- und Heimatgeschichte auseinanderzusetzen,
- die Schaffung von Beteiligungsmodellen in den Kommunen zu unterstützen.

Angebote vor Ort:

- Organisation und Durchführung eines „Sozialarbeiterstammtisches“.
- Diskussionsrunden/Workshops in Jugendclubs zum Hinterfragen rechtsextremistischer Argumente und Strategien sowie über Vorteile eines demokratischen Rechtsstaates in der Südregion des Landkreises EE.
- Öffentliche Bekanntmachung von laufenden/abgelaufenen Projekten zum Thema Toleranz und Demokratie und deren Ziele/Ergebnisse als Grundlage zur

Entwicklung neuer Ideen und als Ausgangspunkt für weitere Projekte (Nachhaltigkeit von (Primär-)Projekten).

- Aufklärungsarbeit zu demokratischen Strukturen und Verfahren an Schulen/ auch nach Unterrichtsschluss, in den Jugendfeuerwehren, Jugendsportvereinen und anderen Jugendeinrichtungen durch freie Träger, Jugendliche (zum Beispiel „Aussteiger“).
- Stärkung regionaler Identität durch lokalhistorische Auseinandersetzung mit widersprüchlicher Mythenbildung und aus politischen Gründen bisher verschwiegener Tatsachen.
- Veranstaltungen für Multiplikatoren zur historischen (Weiter-)Bildung und als Hilfestellung für Argumentationstraining.
- Projekte zu den Themenschwerpunkten:
 - Jüdische Geschichte
 - Zeit um Kriegsende
 - Integrationsgeschichte der Kriegsflüchtlinge
 - regionale Migrationsgeschichte
 - Entmythologisierung von DDR-Geschichte
- Didaktische Bearbeitung/Erstellung von Material anlässlich der Wanderausstellung „Juden in der Lausitz“ zum selbstständigen Recherchieren für Jugendliche und Kinder.
- Informationsveranstaltungen für interessierte Bürger/innen zu Themenkomplexen über Demokratie und Toleranz.
- Offensive Auseinandersetzung mit Themen, die die Rechtsextremisten besetzen (zum Beispiel Veranstaltungen im Vorfeld von für Rechtsextremisten wichtigen symbolhaften Terminen/Veranstaltungen).
- Auseinandersetzung mit Inhalten rechtsextremistischer Musik im Musikunterricht an Schulen, in der Kreismusikschule und in Museen des Landkreises („Singen unterm Hakenkreuz“ – Rechtsextreme Musik, NS-Lieder, Hooligan-Gesänge).

3. Bündnisse und Netzwerke stärken

Lokale Bündnisse und Netzwerke bündeln all jene Kräfte, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, rassistische und antisemitische Bestrebungen wenden.

Sie beraten und unterstützen, stellen Kontakte zwischen Personen und Gruppen her, die am gleichen Thema wirken und initiieren selbst Projekte.

Ziel ist es,

- bestehende lokale/regionale Netzwerke in den Präventionsprozess noch stärker einzubinden,
- bestehende Beratungs- und Unterstützungssysteme bekannt zu machen, noch besser zu nutzen und auszubauen.

Kommunale und lokale (Teil-)Konzepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind zu entwickeln und zukünftig noch enger miteinander zu vernetzen. Die Konzept- und Netzwerkstrukturen werden transparent gemacht.

Angebote vor Ort:

- Die Sozialpädagoginnen der am stärksten betroffenen Gebiete des Landkreises haben sich bereits seit Jahren vernetzt, z. T. auch gemeinsame Aktivitäten zum Thema Rechtsextremismus unternommen. Sie sind derzeit die Menschen mit der genauesten Kenntnis der rechtsextremen Szene vor Ort und in der Lage, die Themen, mit denen Jugendliche erreicht werden können, auch an andere TeilnehmerInnen des LAP weiter zu kommunizieren. Andererseits können über sie Aktivitäten anderer Teilnehmer am LAP in die Jugendszene kommuniziert werden.
- Das Netzwerk „Gegen Rechtsextremismus im LKEE“ ist zu unterstützen.

- Der LAP Elbe-Elster bezieht sich ausdrücklich auf die Schwerpunkte rechtsextremer Erscheinungsformen. Die befinden sich im Süden des Landkreises entlang der sächsischen Grenze. Hier wiederum überwiegend im ländlichen Raum. Da bei lokalen Wahlergebnissen von maximal 26 % für rechtsextreme Parteien nicht mehr von einem jugendtypischen Phänomen ausgegangen werden kann, soll die Erwachsenenwelt ebenfalls in den Aktionsplan einbezogen werden.
- Um einen möglichst hohen Wirkungsgrad des Aktionsplanes zu gewährleisten, sollen in diesem Gebiet die schon seit Jahren engagierten Gruppen und Einrichtungen als Kern genommen werden und von dort ein erweitertes Netz gebildet werden. Diese z.T. schon seit Jahren aktiven Gruppen und Einrichtungen müssen sich nicht in der neuralgischen Region befinden, sondern über die Fähigkeit verfügen, dort entscheidende Wirkung zu erzielen.

4. Interkulturelle Begegnungen fördern

Interkulturelle Begegnungen sollen Toleranz und Völkerverständigung fördern. Veranstaltungen und Austauschprogramme, Gastfamilien und Freiwilligendienste auf kommerzieller und ehrenamtlicher Basis sollen dazu genutzt werden, interkulturelle Kompetenz zu fördern.

Ziel ist es,

- die Durchführung von Veranstaltungen interkultureller Begegnungen zu fördern,
- mit bestehenden Austauschprogrammen zusammenzuarbeiten.

Angebote vor Ort:

- Veranstaltungsreihe in verschiedenen Orten zur Information über kulturelle Hintergründe:
 - Lebenswege: Geschichte(n) der Zuwanderung
 - Angekommen - angenommen?
 - Deutsche Geschichte interkulturell geprägt - und heute?
- Informationsveranstaltungen: Vermittlung von Kenntnissen zum besseren Verständnis anderer Weltanschauungen und Religionen sowie zur eigenen und zu fremden Kulturen
- Fortbildung für Entscheidungsträger in Behörden, Ämtern, Verwaltungen und Einrichtungen zum interkulturellen Umgang im (Arbeits-)Alltag
- Veranstaltung "miteinander - Zusammenleben gestalten"
- Interkulturelle Begegnung im Landkreis Elbe-Elster
- Workshop zum interkulturellen Alltag "Woher komme ich - was bringe ich mit?", hier hat jeder was zu bieten (der Markt der Möglichkeiten ist hier keine Verkaufsbörse)
- Filmwoche thematisch aus verschiedenen interkulturellen Blickwinkeln - mit Gesprächsangeboten im Anschluss an den Film
- Auseinandersetzung mit fremder Kultur, Erfahren von Gemeinsamkeiten und Unterschieden anhand unterschiedlicher Kulturbereiche (Kochen, Essen und Trinken, vergessene Identität, Nachbarschaft, Sport, Singen)

5. Trends und Strategien des Rechtsextremismus offen legen

In den letzten Jahren hat sich nicht nur das äußere Erscheinungsbild des Rechtsextremismus verändert. Eine der wesentlichen und dramatischsten Entwicklungen in den vergangenen Jahren ist die, dass sich Nazis einen kulturellen, vorpolitischen Raum erobern konnten, in dem sie nach Belieben agieren, organisieren und rekrutieren. Neonazi-Einflüsse zeigen sich in der Musik, der Kleidungs-Ordnung, in Codes und Symbolen. Für all diejenigen, die täglich mit Jugendlichen arbeiten, ist es oft schwer, diese zu erkennen und zuzuordnen.

Die Versuche, einen NPD-Kreisverband Elbe-Elster zu gründen, sind 2006 begonnen worden und werden aus Sachsen durch Holger Apfel massiv unterstützt. Die regionale rechtsextreme Jugendszene hält sich ebenfalls nicht an Verwaltungsgrenzen. Die

rechtsextreme Subkultur der Region erstreckt sich von Hoyerswerda (Sachsen) bis Riesa (Sachsen), bezieht das Gebiet von Torgau (Sachsen-Anhalt) mit ein und zieht sich auf Brandenburger Seite von Mühlberg/ Elbe bis Plessa auf dem Kreisgebiet Elbe-Elster entlang in die südlichen Regionen des Landkreises Oberspreewald- Lausitz.

Ziel ist es,

- aktuelles Informationsmaterial über den Rechtsextremismus verfügbar zu machen,
- themenspezifische Weiterbildung und Erfahrungsaustausche zwischen Fachleuten; Jugendsozialarbeit und interessierten BürgerInnen anzubieten,
- Informationen und Beratung für Eltern von Jugendlichen, die in den Rechtsextremismus abzugleiten drohen oder bereits sind, anzubieten.

Angebote vor Ort:

- Der Aktionsplan berücksichtigt mit seinen Aktionen und Maßnahmen das regionale rechtsextreme Netzwerk.
- Mit Unterstützung der Polizei, des MBT Cottbus und des MBT Pirna werden in den Regionen außerhalb des Landkreises länderübergreifende Netzwerke (Land Brandenburg - Land Sachsen) unterstützt und über die Projekte des Landkreises kollegial informiert.
- Die Schwerpunktregion im Landkreis ist bevorzugter Gegenstand derzeitiger Überlegungen der NPD. In Vorbereitung der Kommunalwahlen in Brandenburg 2008 ist es das erklärte Ziel der NPD, in möglichst viele Gemeindeparlamente einzuziehen. Vor allem in den dörflichen Regionen, in denen die demokratischen Parteien kaum in den Gemeindeparlamenten vertreten sind, wird über die reale Gefahr informiert.

6. Aktiv aufsuchende Formen der Jugendarbeit

Offene Jugendarbeit bietet Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen Möglichkeiten, ihre freie Zeit gemeinsam zu gestalten und zu erleben. Sie eröffnet ihnen einen sozialen Raum für Begegnungen, Geselligkeit und für Bildungszwecke.

Insbesondere Jugendliche auf dem Lande verbringen ihre Freizeit am liebsten mit Freunden, gehen zur Schule, schauen Fernsehen, besitzen Handys und Computer. Aber auch auf dem Land durchleben Jugendliche eine Lebensphase, die durch Widersprüche und Ambivalenzen besonders gekennzeichnet ist.

Ziel ist es,

- im Rahmen des Bildungsauftrages durch die offene Jugendarbeit Informationen zu vermitteln, die vor allem förderlich sind zur Einnahme persönlicher Standpunkte und Einstellungen sowie zur Entwicklung von Wertvorstellungen und Urteilsvermögen.

Angebote vor Ort:

Auf der Grundlage einer periodisch zu erstellenden lokalen Situationsanalyse und eines darauf aufbauenden Grundkonzeptes im Kampf gegen Rechtsextremismus sollen auch all jene Jugendlichen erreicht werden, die sich ansonsten anderer Unterstützungssysteme der Jugendarbeit entziehen.

7. Alternativkulturen im Jugendbereich entwickeln

Die Kommunen bemühen sich in der Regel um die Bereitstellung weiterer nichtkommerzieller Freizeitangebote jenseits der Vereine und Jugendclubs. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass ein Teil der Jugendlichen Verpflichtungen scheuen und in der Freizeit reglementierten Räumen zu entgehen versuchen. Dem wird in einigen Orten durch das Angebot von Alternativen (z. B. Skaterbahnen) entsprochen. Jugendlichen wird damit die Möglichkeit gegeben, anstelle von Gewalt Selbstbewusstsein

zu erlangen und Hierarchien auszuhandeln. Gleichzeitig wird eine Jugendkultur gefördert, die seit Jahren immer stärker zum Rechtsextremismus in Konkurrenz tritt.

Ziel ist es,

- den Jugendlichen im Kampf gegen Rechtsextremismus alternative Angebote zu bieten,
- die Jugendlichen noch stärker in die Entscheidungsfindung solcher (alternativen) Freizeitangebote einzubeziehen,
- bei deren Umsetzung/Errichtung mitzuwirken.

Angebote vor Ort:

- Es muss darum gehen, den Jugendlichen attraktive und alternative Angebote zu bieten, statt sie den populistischen Angeboten des Rechtsextremismus zu überlassen.
- Aufgrund der angepassten Haushaltslage fällt es schwer, eine starke Lobby für diese Art von Jugendarbeit zu schaffen, deren Erfolge nur langfristig und wenig messbar oder sichtbar sind: Schaffung einer Lobby

Zeitplan:

1. Jahr:

- die beteiligten Partner werden auf den LAP vorbereitet
- Inhalte des LAP werden horizontal und vertikal kommuniziert,
- Kooperationsverträge mit "Unterstützern" werden abgeschlossen
- Erste (Pilot-)Projekte werden durchgeführt
- Qualifizierungsprozesse werden eingeleitet (zur themenbezogenen Qualifizierung der Mitglieder des Begleitausschusses und des Ämternetzwerkes, sowie Evaluation, Controlling, Projektmanagement, Gender Mainstreaming)

2. Jahr:

- LAP ist im Fördergebiet flächendeckend/ schwerpunktmäßig eingeführt
- weitere Projekte folgen,
- alle Handlungsebenen unterstützen die Umsetzung der Handlungsfelder und setzen sich eigene realistische Aufgaben,
- Maßnahmen für das Evaluations- und Controllingverfahren sind eingeführt, erste Ergebnisse werden bekannt gemacht und führen zu Synergieeffekten,
- das Vorgehen der Beteiligten ist abgestimmt.

3. Jahr:

- der LAP ist vollständig im Fördergebiet implementiert
- Erfolgreiche Ansätze/ Handlungsfelder und Einzelmaßnahmen werden kommuniziert und verallgemeinert
- der ganzheitliche Ansatz des LAP kommt voll zum Tragen
- punktuelle Einzelmaßnahmen werden vernetzt
- Netzwerke und Bündnisse erstarben.

Kommunale Konzepte:

Der Lokale Aktionsplan wird soweit wie möglich mit anderen regionalen und lokalen kommunalen Planungsunterlagen abgestimmt. Dazu sind die notwendigen Kooperationspartner rechtzeitig mit den Zielen und Maßnahmen des LAP vertraut zu machen.

Mit folgenden Entwicklungskonzepte/ Planungsunterlagen ist "Kompatibilität" herzustellen:

1. kurzfristige Planungsunterlagen:

- NN

2. mittelfristige Planungsunterlagen:

- Jugendhilfeplan : Abstimmung mit Jugendamt/Jugendhilfeplaner
- NN

3. längerfristige Planungsunterlagen:

- Kreisentwicklungskonzept: Abstimmung mit Kreisentwicklungsamt, Wirtschaftsfördergesellschaft mbH,
- NN

Dabei wird die Einbindung in bestehende oder geplante kommunale Entwicklungskonzepte auch als ein Prozess der sich entwickelnden Zusammenarbeit betrachtet und permanent fortgeschrieben. Zur Forcierung dieses Prozesses trägt die lokale Koordinierungsstelle maßgeblich bei.

Evaluierung:

Ein auf Kennzahlen gestütztes Berichtswesen wird im Rahmen des LAP erstellt und fortgeschrieben.

Durch die Zusammenarbeitspartner sind Indikatoren zu vereinbaren, die Tendenzen der Verbesserungen oder Verschlechterungen anzeigen können. Dadurch werden auch die Ergebnisse/ Bewertungen eher akzeptiert und die einzelnen Angebote/Maßnahmen können bedarfsorientiert weiterentwickelt werden.

Schlüsselindikatoren (insbesondere nach Outcome, also nach Wirkung und konkrete Verbesserung) sind den entsprechenden Ziel- und Maßnahmefeldern zugeordnet:

Indikatoren zur Messung sind u.a.:

- Gesamtzahl der erfassten rechtsextremistischen Straftaten (Niveau und Entwicklung)
- vergleichbare Wahlergebnisse
- Bewertung des zivilgesellschaftlichen Klimas vor Ort
- Motivationsgrad der Akteure in den Kommunen (Zielgruppen)
- Anteil präventiver Arbeit an der Gesamtarbeit
- Menge von Austauschteilnehmern im Rahmen von Austauschprogrammen
- Informationsstand über Trends und Strategien des Rechtsetremismus
- Aktualisierungsstand lokaler Situationsbeschreibungen
- Anzahl der professionellen Jugendsozialarbeiter, Intensität der pädagogischen Betreuung

Mit der Selbstevaluation erfolgt eine eigenverantwortliche systematische und methodische Überprüfung und Bewertung des LAP im Hinblick auf seine Konzeption, Umsetzung und Wirkung. Sie führt zu einer deutlichen Verbesserung des LAP selbst und damit zu einer Qualitätssteigerung der damit verbundenen Maßnahmen.

Die Selbstevaluation wird im Rahmen der Projektorganisation (lokale Koordinierungsstelle, Begleitausschuss und Ämternetzwerk) selbst durchgeführt. Möglichkeiten der Mitarbeit einzelner Partner werden geschaffen.

Folgende Formen der Evaluation werden zur Anwendung gebracht:

1. Formative Evaluation:

Sie umfasst die Entwicklung und /oder Anpassung des LAP auf die spezifischen Bedingungen "vor Ort" vor Beginn und während der Umsetzung des LAP.

2. Prozessevaluation:

Mit ihr wird während der Umsetzung des LAP (in einem noch festzulegenden Rhythmus, mindestens jedoch halbjährlich) überprüft, ob die ausgeführten Maßnahmen den "Vorgaben" des LAP entsprechen und ob die anvisierten Zielgruppen auch tatsächlich erreicht werden.

3. Wirkungsevaluation:

Die einzelnen durchgeführten Maßnahmen werden dahingehend beurteilt, ob die Ziele des LAP erreicht worden sind und ob die festgestellten Veränderungen auch tatsächlich auf die durchgeführten Maßnahmen des LAP zurückzuführen sind. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird anhand zu entwickelnden Bemessungskriterien überprüft.

Gleiches gilt bei der Festlegung der Evaluierungsfelder und deren erfolgskritischen Einzelthemen. Auf der Grundlage dieser auch von wichtigen Partnern akzeptierte "Priorisierten Themenliste" erfolgt dann die Untersuchung insbesondere auf der Grundlage zweier sich ergänzender Verfahrensweisen:

- Vorabfragen (dazu werden Fragebögen (Checklisten) entwickelt, die dann entsprechend schriftlich zu beantworten sind.)
- Vor-Ort-Besuche (im Rahmen der Vor-Ort-Besuche werden Interviews mit verschiedenen Partnern geführt)

Kooperationen:

1. Netzwerke:

- Netzwerk gegen Rechtsextremismus im Landkreis Elbe-Elster (gegründet 28.02.2006)
- Arbeitsgruppe" gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt, für einen toleranten und weltoffenen Landkreis Elbe-Elster"
- Kreispräventionsrat des Landkreises Elbe-Elster
- Netzwerk Chancengleichheit/ Gender Mainstreaming

2. Zivilgesellschaftliche Initiativen:

- Bürgerbündnis für ein tolerantes Plessa ohne Rechtsextremismus, Gewalt & Ausländerhass"
- Interessengemeinschaft "Schule- Wirtschaft e.V"
- Aktionsbündnis für Menschlichkeit und Toleranz in Finsterwalde

3. weitere Partner:

- Regionales Lernforum im Wirtschaftsraum zwischen Elbe-Elster e.V.
- Fachschule Lausitz/ Landkreis Elbe-Elster e.V.
- Tourismusverband Elbe- Elster- Land e.V.
- Zweckerverband Niederlausitz Studieninstitut für kommunale Verwaltung
- Internationale Bauausstellung Fürts-Pückler-Land-GmbH
- Elster- Nah- Verkehrsgesellschaft GmbH
- Regionale Wirtschaftsfördergesellschaft Elbe-Elster GmbH
- Arbeitsförderungsgesellschaft Elbe-Elster mbH
- Brandenburger Museumsverband e.V. (Kreismuseum)
- Brandenburger Volkshochschulenverband e.V. (Kreisvolkshochschule)
- Deutscher Bibliothekenverband e.V. (Kreismedienzentrum)
- Deutsches Jugendherbergswerk
- Gemeinnütziger Verein zur Förderung der beruflichen Bildung e.V.
- Kommunalen Arbeitgeberverband
- Landesarbeitskreis Medien
- Landesverband der Schullandheime Brandenburg e.V. (Schullandheime Körba/Täubertsmühle)
- Landesverband für Weiterbildung im ländlichen Raum (Kreisvolksschule)
- Rat der Gemeinden und Regionen
- Fraktionsgeschäftsstellen der im Kreistag vertretenen demokratischen Parteien
- Agentur für Arbeit/ Jobcenter
- Kreissportbund

- Kirchen/ Diakonie
- Zeitweiliger Ausschuss Kreisentwicklungskonzeption
- Ausschuss für Bildung Kultur und Sport
- Jugendhilfeausschuss
- Seniorenberater

Gender Mainstream

Das Prinzip des Gender Mainstreaming ist integraler Bestandteil des LAP. Angebote, Maßnahmen und Handlungsfelder richten sich sowohl an beide Geschlechter oder sind auch geschlechtsspezifischer Natur.

Die Perspektive des Geschlechterverhältnisse wird in allen Entscheidungsprozessen des LAP nutzbar gemacht, wie z.B. bei

- der Darstellung und Auswahl der Projekte
- der Zusammensetzung des Begleitausschusses

Organisatorisch wird Gender Mainstreaming durch eine unmittelbare Zusammenarbeit zwischen der Lokalen Koordinierungsstelle mit dem Netzwerk "Chancengleichheit- Gender Mainstreaming" gewährleistet. Der Koordinator ist Mitglied in diesem Netzwerk.

In der praktischen Umsetzung des LAP wird:

1. geprüft, wie viel Frauen/Mädchen und wie viele Männer/Jungs von einer Maßnahme/ Handlungsfeld betroffen sind, und wieviele Frauen/Mädchen und Männer/Jungs im Handlungsfeld mitwirken,
2. gefragt, wie die in der Maßnahme bewegten Mittel zwischen den Geschlechtern verteilt werden,
3. nach den Ursachen der festgestellten Repräsentation und Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern und ihren Veränderungsmöglichkeiten gesucht.

Gender Mainstreaming ist damit Bestandteil der Evaluation des LAP. Im Rahmen des Controllings sind statistische Methoden zur Unterscheidung der Geschlechter genutzt.